



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
16. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.12.2024	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:16 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Renate Prüß - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt - CDU		
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis TOP 13.2; 19:06 Uhr	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Sandra Odendahl - SPD		
Nil Gersdorf - CDU		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD		
Max Manegold - FDP		
Volker Nehrhoff - CDU	Vertreter für Dr. Grohmann	
Burghard Speckmann - SPD		
Bianca Szygula - LINKE & GAL	Vertreterin für Herrn Holtz	
Nadine van Benthum - CDU	Vertreterin für Herrn Kröger	
Beiratsmitglieder		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	bis TOP 13.2; 19:06 Uhr	
Verwaltung		
Gabriele Beier - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 4.3; 18:50 Uhr	
Sandra Birkoben - Frauenbüro	bis TOP 5.1; 17:15 Uhr	
Daniel Blank - FBC FB 2		
Karin Claus - Soziale Sicherung	nur öffentlichen Teil	

Piroska Csösz - 2.280- Wirtschaft und Liegenschaften	ab TOP 5.2; 16:25 Uhr - bis TOP 13.1; 19:08 Uhr
Katja Elstner - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 3.2; 16:26 Uhr
Frank Graap - 5.651 GMHL	bis TOP 13.2; 19:10 Uhr
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	
Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE	bis TOP 13.2 ; 19:06 Uhr
Norma Meyer - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 3.13; 16.20 Uhr
FB 2 Personalrat - Personalrat	bis TOP 4.1; 18:03 Uhr
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	nur öffentlicher Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	bis TOP 5.2; 17:00 Uhr
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Götz Gebert - Beirat für Senior:innen	
Karin Mechnich - AWO-Drogenhilfe	bis TOP 4.3 ; 18:50 Uhr
Jana Meyer - KWL Lübeck	bis TOP 4.3; 19:00 Uhr
Jan Rühmling - Obdachlosenhilfe	bis TOP 4.3; 18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.11.2024	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.11.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Sachstände	
3.2	Aktuelle Informationen: Erstattungen Grundsicherung	
3.3	AM Andreas Müller (Fraktion Linke & GAL): Abschiebung aus Schutzraum Frauenhaus	VO/2024/13707
4	Berichte	
4.1	Informationen zur aktuellen Lage durch die Obdachlosenhilfe Lübeck e.V.	
4.2	Bericht zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen: Beendigung der Sicherheitspartnerschaft (SiPa) - Projektkosten	VO/2024/13178
4.3	Information zum weiteren Vorgehen betreffend die Errichtung einer Senior:inneneinrichtung am Standort "Neue Mitte Moisling"	VO/2024/13733
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Verstetigung der präventive Hausbesuche im Bereich Soziale Sicherung	3/12437-02-01-03
5.2	Wirtschaftsplan 2025 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung - EäE)	VO/2024/13648
5.3	Feststellung des Rechnungsergebnisses der Senior:Innen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2023 und überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt Senior:InnenEinrichtungen	VO/2024/13754
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	

7.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): Jährlicher Bericht zum Umsetzungsstand des Teilhabepplans von und für Menschen mit Behinderung	VO/2024/13759
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden – insbesondere Frau Mechnich von der AWO, Frau Meyer von der KWL und Herrn Rühmling von der Obdachlosenhilfe Lübeck e.V. und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Frau Siegenbrink kommt um 16.03 Uhr.

Es liegen folgenden Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor:

Der TOP 5.2, TOP 5.3 und TOP 5.1 werden vor dem Punkt 4 – Berichte beraten, da Frau Senatorin Steinrücke vorzeitig gehen muss.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme von Herrn Blank, Frau Hartfuß, Herrn Wadehn, Herrn Dr. Mischnik, Frau Csösz und Frau Timmermann von der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.11.2024

Die Einwendung gegen die Niederschrift seitens des Frauenbüros werden vorgetragen. Die Änderungen werden in der Niederschrift aufgenommen.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Die Niederschrift ist damit in der geänderten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.11.2024

Keine Wortmeldung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt..

zu 3 **Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

zu 3.1 **Aktuelle Sachstände**

Wohngeld:

Frau Meyer berichtet, dass das Bearbeitungsziel (55 Tage von Antragstellung bis zur Bescheiderteilung) aktuell nicht gehalten werden kann. Sie erläutert die Herangehensweise, um die Rückstände aufzuarbeiten und berichtet von der freiwilligen Samstagsarbeit der Kolleg:innen der Wohngeldbehörde. Sie teilt mit, dass im November 900 Anträge beschieden wurden und stellt zum Vergleich dar, dass sonst monatlich durchschnittlich 550 Anträge abschließend bearbeitet werden.

Hierzu sprechen Frau Akyurt und Frau Prüß.

Bezahlkarte für Asylsuchende:

Frau Claus berichtet, dass die Einführung der Bezahlkarte zum 01.03.2025 vorgesehen ist und mit Hochtouren an der Umsetzung und Klärung der offenen Fragen gearbeitet wird. Es werden in Lübeck vsl. ca. 826 Bezahlkarten für 1200 Leistungsberechtigte ausgegeben. Die Differenz ergibt sich daraus, dass Kinder keine Karte bekommen.

Der Bereich sieht vor, in der Februar–Sitzung den Ausschuss umfassender hierzu zu informieren.

Hierzu spricht Frau Siegenbrink.

Schutzwohnung für Frauen:

Frau Claus berichtet, dass die Konzepte der Frauenhäuser vorliegen und einige Details noch zu besprechen sind.

Hierzu sprechen Frau Akyurt und Frau Siegenbrink, die erfragt, wann der Ausschuss Kenntnis von diesen Konzepten bekommt. Frau Senatorin Steinrücke sagt zu, dass diese Informationen dem Protokoll beigefügt werden.

Housing First:

Frau Claus erklärt, dass es zum letzten Sachstand keine Veränderung gibt und auch hierzu im Februar erneut berichtet wird.

Wohnungsbaufördermittel:

Frau Elstner berichtet zum aktuellen Sachstand.

Hierzu spricht Frau Siegenbrink.

Frau Senatorin Steinrücke sagt zu, das Schreiben des Landes dem Ausschuss mit dem Protokoll zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Meyer verlässt die Sitzung.

zu 3.2 **Aktuelle Informationen: Erstattungen Grundsicherung**

Frau Claus informiert darüber, dass ein weiteres Gespräch mit dem Land stattgefunden hat und nunmehr Akten zur Prüfung beim Land vorliegen.

Hierzu spricht Frau Siegenbrink.

Auch hierzu wird in der Februar-Sitzung erneut berichtet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.3 AM Andreas Müller (Fraktion Linke & GAL): Abschiebung aus Schutzraum Frauenhaus
Vorlage: VO/2024/13707**

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass der Bereich auch erst durch die Vorlage bzw. aus der Presse von dem Fall erfahren hat.

Zudem stellt sie die schriftliche Beantwortung in Aussicht, weist aber darauf hin, dass die Frage 2 vom FB 3 zu beantworten ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Im Anschluss an diese Befassung erfolgt die Beratung zu TOP 5.2.

Beschluss:

1. Ist der Verwaltung der Fall einer Frau (mit Kindern im Alter von 6 und 8 Jahren), die aus einem Hamburger Frauenhaus nach Österreich abgeschoben wurde, bekannt?
2. Gibt es in Schleswig-Holstein gesetzliche Regelungen, die so eine Tat verhindern?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

zu 4.1 Informationen zur aktuellen Lage durch die Obdachlosenhilfe Lübeck e.V.

Herr Rühmling berichtet von den Zahlen und der Arbeit der Obdachlosenhilfe in Lübeck. Besonders hebt er hervor, dass die Zusammenarbeit mit der Landes- und Bundespolizei sowie dem kommunalen Ordnungsdienst gut funktioniert und dass die Obdachlosen jünger werden.

Er weist besonders darauf hin, dass es deutlich mehr als die 15 im Innenstadtbereich „sichtbaren“ Obdachlose gibt und auch die im Außenbereich, wie Moisling, Kücknitz und Herrenwyk mit dem Herzenswärmebus erreicht werden.

Hinzu kommen noch die Kontakte zu den Menschen ohne Obdach, die kurzfristig bei Freunden und Bekannten für einige Nächte untergekommen sind.

Er berichtet, dass aufgrund von einem hohen Aggressionspotenzial und zur Sicherung der ehrenamtlichen Besatzung des Herzenswärmebusses die Tour verändert wurden und der Bahnhofsbereich aktuell nicht angefahren wird.

Abschließend berichtet er, dass die Obdachlosenhilfe für die genutzten Räumlichkeiten Mietzahlungen aus Spendengeldern in Höhe von ca. 6000,00 Euro jährlich aufbringen muss und merkt dazu an, dass eine andere Organisation in den Räumlichkeiten in der Einsiedelstraße diese Kosten nicht sicherzustellen hat. Hier tritt die Stadt für die Zahlungen ein. Er sieht hier eine Ungleichbehandlung.

Hierzu sprechen Herr Müller-Lomsen, Frau Akyurt, Frau Gröschl-Bahr sowie Frau Siegenbrink.

Herr Rühmling erklärt, dass 30 bis 40 Menschen regelmäßig die Obdachlosenhilfe unterstützen.

Weiterhin sprechen Frau Claus sowie Herr Blank. Herr Blank bietet in dem Zuge der Obdachlosenhilfe ein Gespräch bezüglich der Mietzahlungen bzw. der Bedarfe und einer möglichen Unterstützung an. Hierzu wird eine Einladung erfolgen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<p>zu 4.2 Bericht zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen: Beendigung der Sicherheitspartnerschaft (SiPa) - Projektkosten Vorlage: VO/2024/13178</p>

Frau Mechnich berichtet anhand eine Power Point Präsentation zur Begegnungsstätte.

Im Anschluss trägt Frau Mechnich nachfolgende Wünsche an die Politik heran:

Die inzwischen entstandene Frauengruppe, in der eine großen gegenseitige Unterstützung der betroffenen Frauen wahrgenommen wird, sollte künftig mit in die Budgetplanungen einfließen. Zudem fehlt es an Socken und Unterwäsche, denn das wird nie gespendet und aufgrund der steigenden Aggressivität wäre auch für die Mitarbeitenden Selbstverteidigungskurse udgl. eine gute Investition.

Frau Siegenbrink erfragt, ob die SiPa nicht ggf. für den Bahnhofsbereich aufrechterhalten werden sollte und wie die Frauengruppe bisher finanziert wurde.

Die Verlängerung der SiPa hilft bei der Situation am Bahnhof nicht, so Frau Mechnich. Der Zufluss der Drogen kann nur über die Polizei beeinflusst werden, darüber hinaus muss die Soziale Arbeit dort tätig werden.

Bisher war die Frauengruppe landesfinanziert. Wie und ob eine Anschlussfinanzierung erfolgt, wird sich erst im März 2025 entscheiden.

Weiterhin sprechen Herrn Müller-Lomsen, Herr Speckmann, Frau Dr. Schleker sowie Herr Dr. Mischnik hierzu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Sitzung wird in der Zeit von 18:50 Uhr bis 18:58 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Frau Mechnich, Herr Rühmling sowie Frau Beier verlassen die Sitzung.

Beschluss:

Beendigung der Sicherheitspartnerschaft (SiPa) – Projektkosten

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Information zum weiteren Vorgehen betreffend die Errichtung einer Senior:inneneinrichtung am Standort "Neue Mitte Moisling"
Vorlage: VO/2024/13733

Frau Hartfuß erklärt, dass wunschgemäß die Vorlage noch einmal auf die Tagesordnung genommen wurde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Information zu einem möglichen weiteren Vorgehen betreffend die Errichtung einer Senior:inneneinrichtung am Standort „Neue Mitte Moisling“.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Verstetigung der präventive Hausbesuche im Bereich Soziale Sicherung
Vorlage: 3/12437-02-01-03

Frau Beier erläutert die Vorlage zu dem Thema. Sie betont, dass dieses Modellprojekt unter dem Einfluss von Corona zu sehen ist. Besonders hervorgehoben wird, dass nur Personen

ohne einen Pflegegrad zur Zielgruppe gehören und dass die Präsentzeiten und die Hausbesuche nicht in Konkurrenz stehen werden, die Präsenzzeiten aber eine erste Kontaktaufnahme erleichtern.

Frau Birkoben verlässt die Sitzung.

Hierzu sprechen Frau Akyurt und Herr Müller-Lornsen, die die näheren Pläne für die Umsetzung erfragen. Hierzu kann noch nicht ausführlich berichtet werden, da dieses noch ein Teil der Ausgestaltung ist.

Zudem sprechen Herr Manegold, Frau Dr. Schleker und Herr Nehrhoff.

Frau Claus wird den Ausschuss laufend zum Umsetzungsstand berichten.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Im Anschluss an die Abstimmung erfolgt die Beratung zu TOP 4.1.

Beschluss:

Die Präventiven Hausbesuche für Senior:innen erfolgen als kommunales Regelangebot im Rahmen der Daseinsvorsorge angesiedelt im Fachbereich 2 im Bereich Soziale Sicherung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Antrag zu beschließen.

zu 5.2 Wirtschaftsplan 2025 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung - EäE) Vorlage: VO/2024/13648
--

Frau Akyurt merkt an, dass der Beschluss des Wirtschaftsplanes problematisch ist, wenn darin Planungsdaten zur Neuen Mitte Moisling enthalten sind, wenn dieses noch nicht gesichert feststeht.

Ebenso sind dort Ankaufoptionen enthalten, zu denen auch keine weiteren Informationen für den Ausschuss zur Kenntnisnahme bereitstehen.

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass ein Wirtschaftsplan immer auf „Annahmen“ beruht, die wahrscheinlich im Planungsjahr eintreten könnten. Damit wird kein rechtsverbindlicher Ankauf oder die Umsetzung eines Projektes beschossen. Hierfür werden dann weitere gesonderte Beschlüsse zu fassen sein.

Frau Odendahl verweist darauf, dass es üblicherweise bei anderen Eigenbetrieben wie die EBL, Stadtwerke usw. auch Wirtschaftspläne mit Annahmen gibt, denen zugestimmt wird und sie betont, dass sie hier die Zurückhaltung nicht verstehen kann, es sei denn, das Bekenntnis zur SIE ist nicht mehr gegeben.

Frau Siegenbrink betont in diesem Zusammenhang, dass es hier um große finanzielle Mittel geht und daher mehr Einzelheiten für eine Entscheidung erforderlich sind.

Sie erneuert ihren Wunsch nach der Aufstellung pro Einrichtung, um hier eine differenzierte Betrachtung vornehmen zu können. Zudem bittet sie, um eine Darstellung ohne das Kaufobjekt und eine Berechnung mit der Berücksichtigung des HGHS mit Vollbelegung ab Mitte des Jahres 2025.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt hierzu, dass das Gesamtfinanzierungsprojekt (welches Informationen pro Einrichtung enthält) noch in der Bearbeitung ist. Zudem erklärt sie, dass das Kaufobjekt aufgrund der Mietvertragsverlängerung für die Einrichtung Am Behnckenhof eine geringere Wahrscheinlichkeit erhält. Zudem wird es möglich sein, die Prognose zum HGHS einzuarbeiten.

Herr Wadehn erläutert den gesetzlichen Rahmen für einen Wirtschaftsplan: Alles was wahrscheinlich eintreten wird, ist in dem Plan aufzunehmen.

Er betont, dass hier ein Plan zu beschließen ist und es sich nicht um einen Kostenbeschluss handelt und er stellt klar, dass ein Plan ohne das HGHS gegen geltendes Recht verstoßen würde.

Frau Akyurt betont, dass man diesem Wirtschaftsplan nur unter dem Vorbehalt zustimmen kann, wenn keine Neubauten damit einhergehen. Gleiches gilt für den Ankauf von Flächen.

Frau Hartfuß betont nochmals, dass mit der Zustimmung zum Wirtschaftsplan kein Beschluss für vier Neubauten getroffen wird.

Frau Gröschl-Bahr stellt den Unterschied von einer mittelfristigen Finanzplanung und einer Detailplanung dar.

Die Vorsitzende lässt über den Wirtschaftsplan mit dem Vorbehalt abstimmen, dass die Zahlen zum HGHS und ohne die Neubauten nachgereicht werden.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Frau Senatorin Steinrücke verlässt die Sitzung. Es folgt die Beratung zu TOP 5.3.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2025 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck wird in der Fassung der Anlage 2 des Wirtschaftsplanes - gemäß § 5 Abs. 1, Nr. 6 Eigenbetriebsverordnung- festgestellt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft gem. Antrag zu beschließen.

**zu 5.3 Feststellung des Rechnungsergebnisses der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2023 und überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt Senior:InnenEinrichtungen
Vorlage: VO/2024/13754**

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Im Anschluss an die Abstimmung erfolgt die Beratung zu TOP 5.1.

Der Ausschuss beschließt einstimmig gem. der Vorlage.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2023 wird mit einer Bilanzsumme von € 24.871.379,28, einem Jahresfehlbetrag von € 4.133.772,7 - verteilt auf € 31.017.476,19 Erträge sowie € 35.151.248,90 Aufwendungen - und einem Bilanzverlust von € 4.126.184,31 festgestellt.

2. Der Bilanzverlust 2023 in Höhe von € 4.126.184,31 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

3. Da der ursprüngliche Haushaltsansatz für den Ausgleich des Bilanzverlustes 2023 der SIE im städtischen Haushalt 2024 nicht ausreichend ist, werden in den nachfolgend aufgeführten Produktsachkonten gem. § 82 Abs. 1 GO überplanmäßig bereitgestellt:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
315201000.5315000	Senior:InnenEinrichtungen, Zusch. an verb. Untern.	2024	2.067.900,00 €

Deckung:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
111020000.4411001	Grundstücksmanagement - Erträge aus Erbbaurecht	2024	400.000,00 €
111020000.4488000	Grundstücksmanagement - Ertr. a. Kostenerst. übr. Ber.	2024	627.500,00 €
111020000.4592000	Grundstücksmanagement - Sonst. priv. Erträge	2024	70.000,00 €
611001000.4565001	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen - Nachzahlungszinsen Gewerbesteuer	2024	970.400,00 €

Summe 2.067.900,00 €

Erläuterung zur Deckung:

Aufgrund von Mehrerträgen bei den Erbbaurechtsverträgen, Mehrerträgen durch Kostenerstattungen, Mehrerträgen bei den Nachzahlungszinsen Gewerbesteuer und Minderaufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage können die benötigten Deckungsmittel bereitgestellt werden.

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Antrag zu beschließen.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): Jährlicher Bericht zum Umsetzungsstand des Teilhabepplans von und für Menschen mit Behinderung
Vorlage: VO/2024/13759**

Herr Müller-Lornsen begründet den Antrag.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Sozialausschuss möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einmal jährlich im zweiten Quartal eines jeden Jahres einen standardisierten Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand des Teilhabepplans von und für Menschen mit Behinderung in Lübeck vorzulegen.
2. Der Bericht soll folgende Aspekte beinhalten:
 - a. Eine Übersicht über die im vergangenen Jahr umgesetzten Maßnahmen des Teilhabepplans
 - b. Eine Darstellung der noch ausstehenden Maßnahmen und deren geplante Umsetzungszeiträume
 - c. Etwaige Herausforderungen oder Hindernisse bei der Umsetzung und mögliche Lösungsansätze
 - d. Erfolge und positive Entwicklungen im Bereich der Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Lübeck
 - e. Rückmeldungen und Erfahrungsberichte von Betroffenen und Interessenvertretungen
3. Der Bericht soll dem zuständigen Ausschuss sowie der Bürgerschaft vorgelegt und in öffentlicher Sitzung diskutiert werden.

4. Die Verwaltung wird gebeten, den Bericht in barrierefreien Formaten zur Verfügung zu stellen, um die Zugänglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Antrag zu beschließen.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 19:05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:06 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende gibt die gefassten Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil bekannt:

Zum TOP 13.1 zur Vorlage VO 12669-01-01 wird folgende Beschluss gefasst:

Der Bürgermeister wird unter der Voraussetzung, dass die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital unter Berücksichtigung des von der Stiftung beauftragten Gutachtens kommunal—und beihilferechtlich unterstützt werden darf, ermächtigt folgende Maßnahme umzusetzen:

Die Instandsetzung der derzeit leerstehenden Gebäudeteile für eine Nutzung durch die SIE bis zur Grundsanierung sicherzustellen (gemäß VO/2023/12669-02-01 Punkt 5).

Zum TOP 13.2 zur Vorlage VO 13643 wird folgender Beschluss gefasst:

Der Bürgermeister wird beauftragt eine Fläche im Gebäude Elmar-Limberg-Platz 2-6 anzumieten.

Zum TOP 13.3 zur Vorlage VO 13507 wird folgender Beschluss gefasst:

Der Bürgermeister wird ermächtigt die Stadtwerke Lübeck Innovation GmbH für die Unterstützung zum Förderprojekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ zu beauftragen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.16 Uhr.

Lübeck, den 28. Januar 2025

Frau Renate Prüß
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung